

Studierende in den Abbruch gedrängt, Nothilfe bleibt meist aus – Bundesstudierendenvertretung fzs ist alarmiert

Der Bundesverband der Studierendenvertretungen fzs (freier Zusammenschluss von student*innenschaften e.V.) zieht ein erstes Fazit zu den sogenannten "Überbrückungshilfen" für Studierende. "Es darf so nicht weitergehen," sagt Amanda Steinmaus, Vorstandsmitglied im fzs. "Viele Studierende sind völlig verzweifelt. Die Maßnahmen helfen ihnen nicht."

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hatte auf den KfW-Studienkredit verwiesen und um einen Nothilfefonds ergänzt, der Studierenden in Notlagen für die Monate Juni, Juli und August jeweils zwischen 100 und 500€ bescheren sollte – nun zeigt sich, dass viele notleidende Studierende diese Hilfe jedoch gar nicht erhalten, weil die Antragsbedingungen dies aktiv verhindern. So beantragten im Juni 82.000 Studierende Geld aus dem Nothilfefonds, bewilligt wurde davon aber nur rund die Hälfte.

Steinmaus dazu: "Sehr viele Studierende melden sich bei uns und schildern ihre verzweifelte Lage. So wird denjenigen die Nothilfe verwehrt, die schon zuvor in einer schlechten finanziellen Situation waren – ungeachtet der Frage, ob die Pandemie diese Lage noch einmal verschlimmert hat. Manche Studierende haben im Februar ihren Job verloren und konnten aufgrund der Pandemie keinen neuen finden. Da aber die Kündigung nicht pandemiebedingt war, bekommen sie keine Hilfe. Andere waren im Ausland gestrandet und mussten sich verschulden, um zurückzukehren. Da ihnen aber durch Familie und Freunde noch Geld zugegangen ist, bekommen sie keine Hilfe."

Sebastian Zachrau, ebenfalls im Vorstand: "Der zweithäufigste Grund für die Ablehnung lautete, dass die Anträge unvollständig oder nicht lesbar seien. Die Studierenden bekommen aber keine Information dazu, was genau am Antrag zu bemängeln war. So wissen sie auch nicht, was sie bei der Beantragung für den Folgemonat anders machen können. Hinzu kommt, dass das Antragssystem Änderungen der Angaben des Vormonats gar nicht zulässt. Man kann eigentlich nur die Kontoauszüge des betreffenden Monats nachreichen, sonst aber nichts anpassen. Dadurch folgt der Ablehnung im Juni fast automatisch die Ablehnung im Juli."

Daher rechnet der fzs mit einem Anstieg der Studienabbrüche. Viele Studierende wüssten nicht, wie sie den Semesterbeitrag zahlen sollen, der je nach Ort etwa zwischen 60€ und 450€ liegt. Hinzu kommt, dass sie durch einen Studienabbruch Anspruch auf Sozialleistungen erhalten würden. In Berlin gibt es nun erste Zahlen zu Studienabbrüchen. Auf eine Anfrage erklärte die Senatskanzlei, dass die Zahl von 4600 im Vorjahr auf 5500 gestiegen seien – eine Steigerung um 20%. Der fzs rechnet damit, dass aussagekräftige Zahlen aus dem ganzen Bundesgebiet mit dem Ende der Rückmeldefristen zum Wintersemester folgen werden.

Zachrau dazu: "Ein Teil der Studierenden muss nun ihr Studium abbrechen, weil sie ohne Hilfe durch die Krise gehen sollen. Andere verschulden sich, durch den KfW-Kredit oder privat, und werden im Laufe des Studiums durch den Rückzahlungsdruck in den Abbruch getrieben werden. Das kann nicht im Interesse einer Bildungsministerin sein. Hier werden die Lebenspläne von vielen tausend Menschen sehenden Auges zerstört."

*Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V. ist der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland. Der fzs vertritt bundesweit die sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Interessen von Studierenden gegenüber Hochschulen, Politik und Öffentlichkeit.*